

# Landtag aktuell

15. Mai 2008

## Sitzung des NÖ Landtages Aktuelle Stunden: Sicherheit und Fall F.

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Präsident Ing. Hans Penz (VP) informierte zunächst über das Redezeitmodell, das jeder Fraktion eine bestimmte Gesamtredezeit ermöglicht, sowie über die Themen der beiden Aktuellen Stunden.

Es folgte auf Antrag der Abgeordneten Findeis u. a. eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **„Mehr Sicherheit für die Bevölkerung in Niederösterreichs Gemeinden“**

Abgeordneter Hermann Findeis (SP) bezeichnete Sicherheit als Aufgabe des Staates, die nicht an Firmen und Bürgerwehren delegiert werden dürfe. Die Exekutive leiste hervorragende Arbeit. Allerdings, so Findeis, würde die Exekutive vom Innenminister im Stich gelassen; es gebe nicht genug Personal und Ausrüstung. Die Rückgänge in den Kriminalstatistiken würden aufgrund nicht nachvollziehbarer Zählweisen, des Fehlens von Anzeigen oder aufgrund des Wegfalls der Grenzkontrollen zustande kommen. Zudem handle es sich um Rückgänge von absoluten Rekordwerten. Die Polizei sei überlastet und wisse teilweise nicht Bescheid über die eigene Zukunft nach der Europameisterschaft. Es dürfe in Niederösterreich zu keinen weiteren Postenschließungen kommen.

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) unterstrich die Ausführungen ihres Vorredners und rief in Erinnerung, dass ihre Fraktion seit längerem für die Entlastung der Exekutive von bürokratischen Agenden eintrete. Zudem benötige man eine Aufstockung des

Personals sowie eine bessere EDV-Ausstattung. Neben den Fragen der Sicherheit gehe es ihr jedoch auch um Fragen der „Überlebenssicherheit“. Insbesondere die grenznahen Atomkraftwerke seien ein Sicherheitsrisiko. Auch punkto Ernährungssicherheit vergehe kein Tag, an dem man keine alarmierenden Neuigkeiten erhalte. Außerdem könne der Klimawandel noch eingebremst werden; gelinge dies nicht, müssten 20 Prozent des BIP dafür veranschlagt werden.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) bezeichnete die Polizei im Land als „heillos überfordert“ und sprach von einem Kriminaltourismus aus dem Osten. Er forderte u. a., dass straffällige AsylwerberInnen sofort abgeschoben, die Schubhaft auf unbestimmte Zeit verlängert und wieder Grenzkontrollen durchgeführt werden sollten. Es müssten Maßnahmen gesetzt werden, die Sicherheit schaffen und diese nicht nur „vorgaukeln“.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) meinte, dass der Exekutive der Rücken gestärkt werden müsse, anstatt die Arbeit der Polizei schlecht zu reden. Von Jänner bis April 2008 habe es in Niederösterreich einen Rückgang von 10,3 Prozent an Delikten und angezeigten Straftaten gegeben (bei einem Bundesschnitt von 6,9 Prozent). Auch die um 1,5 Prozent gestiegene Aufklärungsquote sei ein Erfolg der Arbeit der Polizei. In Zeiten, in denen die Arbeit für die Polizei schwieriger werde, sei es umso wichtiger, diese Arbeit zu stärken und sie nicht schlecht zu machen, etwa im Fall der falschen Autobahn-Polizisten, der Einrichtung von Sondereinheiten oder des Vorwurfs von gefälschten Statistiken. Die Bundes-SP habe keinerlei Initiativen für mehr Personal und bessere Ausstattung gesetzt, alle wichtigen Sicherheitsbausteine seien von der Landes-VP gesetzt worden.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) betonte, die exzellente Arbeit der Polizei stehe außer Zweifel. Auch die SP stehe auf Seiten der – leider viel zu wenigen und überlasteten – Polizisten. Die Darstellungsmöglichkeiten von Statistiken ließen sehr wohl ge-

wünschte politische Interpretationen zu. Einem Plus an Sicherheitsbedürfnis könne man aber nicht mit einem Minus an Polizisten begegnen.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) führte aus, Sicherheit könne es bei einem Ja zu offenen Grenzen und zu einer zügellosen Zuwanderung nicht geben. Die Polizei sollte in erster Linie gegen die Kriminalität und nicht zum Abkassieren von Autofahrern eingesetzt werden.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, das Kriminalitätsniveau in Niederösterreich bereite der Bevölkerung zunehmend Sorge. Statistiken, in denen alles schön geredet werde, helfen den Betroffenen nicht. Eine Diebstahlsaufklärungsquote im einstelligen Bereich sei ein Zeichen, dass die Präsenz der Exekutive zunehmend abnehme. Dienstposten, die nur auf dem Papier existieren, könnten keine Präventivarbeit leisten.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sagte, Sicherheit sei für die SP offenbar kein wichtiges, sondern ein parteipolitisch-populistisches Thema. Die offizielle Statistik des Ministeriums sei erfreulich, dennoch sei jedes Delikt eines zu viel. Das subjektive Sicherheitsgefühl könne aber mit den Methoden der SP nicht gestärkt werden. Wenn es um die Sicherheit der Menschen gehe, sei es nicht entscheidend, wo der Polizeiposten, sondern wo die Polizei sei. Der Rückgang der Strafdelikte und die höhere Aufklärungsquote bei der letzten Kriminalstatistik zeigen, dass man sich beim Thema Sicherheit auf dem richtigen Weg befinde. Der Begriff Sicherheit müsse aber umfassender gesehen werden und inkludiere auch die Daseinsvorsorge.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, dass die SP hinter den Polizistinnen und Polizisten stehe. Allerdings müssten für die Exekutivbeamten die Rahmenbedingungen stimmen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen. Seit 2001 seien die Anzahl der Anzeigen gestiegen und die Aufklärungsrate gleichzeitig signifikant gesunken. Die ständige Reduktion der Anzahl der Polizisten im Land sei jedoch

eine schlechte Sicherheitsstrategie für Niederösterreich. In diesem Zusammenhang forderte er einen Sicherheitsmasterplan, in dem festgehalten wird, dass keine weiteren Polizeidienststellen geschlossen werden dürfen.

Abgeordneter Mag. Karl Wilfing (VP) erklärte, dass die Grenzregion nach 1989 zwar unsicherer geworden sei. Trotzdem sei die Sicherheitssituation in Niederösterreich heute viel besser als von mancher politischen Fraktion dargestellt. Außerdem habe das Land beim Sicherheitspaket am 4. Mai 2007 insgesamt 150 zusätzliche Planstellen durchgesetzt. Seit 1995 seien 2.700 Planstellen zusätzlich für die Polizei bewilligt worden.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** auf Antrag der Abgeordneten Königsberger u. a. wurde zum Thema „**Inzestfall Amstetten - Behördenversagen?**“ abgehalten.

Abgeordneter Erich Königberger (FP) meinte, die Aktuelle Stunde gelte den Opfern, dürfe aber keine Rücksicht auf die verantwortlichen Behörden nehmen. In diesem Zusammenhang verlangte er eine drastische Erhöhung des Strafausmaßes für Sexualdelikte sowie eine Datenbank über Delikte und Aufenthalt aller Sexualtäter. Weiters ortete er beim Fall F. ein Versagen der Behörden, besonders der Jugendwohlfahrt. Auch Vorwürfe zu einem ihm vorliegenden anderen Fall im Raum Amstetten müssten untersucht werden. Zudem brauche es mehr Zivilcourage bei der Bevölkerung und eine Anzeigepflicht, die auch für betroffene Familienmitglieder bzw. den Hausarzt gelten. Weiters forderte er eine Aufhebung der Verjährungsfrist.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer (G) meinte, dass der Fall F. die ganze Welt beschäftige. Viele Menschen in Niederösterreich würden sich Fragen stellen, zu denen auch der NÖ Landtag Antworten finden müsse. Es gehe darum, die politische Prüfung der Behörden in einem Untersuchungsausschuss zu ermöglichen. Weiters forderte sie einen besseren Schutz der Opfer und eine lückenlose Aufklärung des Falls F. Dabei dürften die Behörden nicht jede Schuld von sich weisen, in diesem Fall dürfe es auch keinen

„Persilschein“ für die Jugendwohlfahrtsbehörde geben. Ebenso sei die Bestellung von Dr. Herbst zum Opferanwalt fraglich. Herbst sei in erster Linie Wirtschaftsjurist und unter anderem als Aufsichtsrat im Flughafen Wien tätig. Bei der Bestellung von Herbst sei daher eine „schiefe“ Optik entstanden. Außerdem habe die Behörde es verabsäumt, die Familie F. tief greifend zu überprüfen. So sei beispielsweise F. bei Besuchen der Jugendwohlfahrtsbehörde nie zu Hause gewesen. Sie plädierte auch für die Einrichtung großer Krisenzentren in den Regionen.

Abgeordneter Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) forderte eine lückenlose Aufklärung und bestmögliche Hilfe für die Opfer sowie die Beseitigung aller Behördenfehler. Seiner Meinung nach seien nicht nur die Gerichte, sondern auch die Politik in diesem Zusammenhang gefragt. Hinsichtlich des Anwaltes von Josef F. meinte er, dass diesem die Qualifikation nicht abzusprechen sei; der Anwalt stehe aber „vielleicht politisch schützend vor der Landesregierung“. Hier gebe es noch offene Fragen zu klären. Er forderte weiters, dass die Sicherheitsdirektion rasch sämtliche Sexualdelikte seit den fünfziger Jahren erfassen und sammeln sollte. Weiters sollten „gravierende Sexualstraftaten“ nicht getilgt werden. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) merkte an, dass eine politische Debatte „auf dem Rücken der Opfer schäbig und unangebracht“ sei. Zuerst seien die Gerichte am Wort. Punkto Jugendwohlfahrt meinte die Abgeordnete, dass jeder der in dieser Einrichtung arbeite, das Beste für die Kinder wolle. Es gelte allerdings zu prüfen, ob dort eventuell zu wenig Personal zur Verfügung stehe. Aufgabe der Gesellschaft sei es auch, Kinder zu Selbstbewusstsein und Artikulationsfähigkeit zu erziehen. Die Kinder müssten sich trauen zu sagen, wenn es ihnen nicht gut geht. Eine „solche Wahnsinnstat“ eines Einzeltäters sei, so Renner abschließend, sehr schwer aufzudecken, auch, wenn es in einem Land ein hundertprozentiges Sicherheitsnetz gebe.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach angesichts der Vorfälle in Amstetten von einem Gefühl der Betroffenheit. Sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, erfordere aber größte Sensibilität und großes Verantwortungsgefühl. Derzeit könne es nur darum gehen, wie den Opfern zu helfen sei. Dazu gehören Betreuung, Eingliederung in die Gesellschaft, Schutz vor Geschäftsinteressen, Sicherung der wirtschaftlichen Basis und rechtliche Absicherung. Die Sozialarbeit bezeichnete Michalitsch als ein Feld, das sich in permanentem Wandel befinde. Einen Untersuchungsausschuss lehnte der Abgeordnete ab.

Landesrätin Gabriele H e i n i s c h - H o s e k (SP) meinte, dass man „auf besonders irrationale Verbrechen besonders rational reagieren“ müsse. Die Anschuldigungen, insbesondere der FP, wies sie auf das Schärfste zurück und berichtete über ihr Vorgehen im Anschluss an das Bekanntwerden der Causa. Konkret habe sie mit Bezirkshauptmann Lenze sofort Gespräche geführt und mit den zuständigen Gruppen- und Abteilungsleitern einen Krisengipfel abgehalten. Behördenintern müsse der Fall selbstverständlich analysiert werden, eine lückenlose Aufklärung sei ein Gebot der Stunde. Demnächst werde sie dem Team der Krisenintervention in Amstetten einen Besuch abstatten und danken. Auch der Exekutive gebühre Dank. Die Mitarbeiter der Jugendwohlfahrt würden unter großem Druck ihr Bestes geben, dabei oft ihre Grenzen überschreiten und dadurch unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden. Der Standard der Jugendwohlfahrt lasse sich mit früher nicht vergleichen. Zum Schutz von Gewaltopfern sei in den letzten Jahren sehr viel passiert. Die Zivilgesellschaft solle lieber einmal zuviel als zu wenig zum Telefonthörer greifen.

Der Antrag auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde abgelehnt.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Sportgesetz - Sportbericht 2007**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, der Sport in Niederösterreich sei in Breite und Spitze sehr vital. Die Einrichtung des „Sportlands NÖ“ sei sehr positiv, die Förderungen würden in gutem und ausgewogenem Maß verteilt. Der Stellenwert des Fußballs sei dabei sehr hoch, obwohl die Leistungen nachhinken.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) hob die Top-Sportaktion und die Förderungen im Jugendsportbereich hervor. Sport und Sportförderung seien ein Beitrag zu Gesellschaft, Kultur, Bildung und Arbeitsplatzsicherung. Trotz des Spitzensports habe Niederösterreich noch immer sehr viel Geld für den Breitensport über.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sprach von einer erfolgreichen Bilanz im Bereich des Sports. Niederösterreich sei ein sehr attraktiver Standort für viele Sportdisziplinen und habe EM-Reife erlangt. Die ehrenamtlichen Funktionäre prägten das Sportgeschehen und machten Niederösterreich zum Sportland Nummer eins in Österreich. Der mit 4,4 Millionen Euro dotierte Sportstättenbau sei 280 Vereinen bzw. 72 Gemeinden zugute gekommen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) meinte, der Sportbericht dokumentiere die eindrucksvollen sportlichen Spitzenleistungen in Niederösterreich und ihre Vorbildwirkung auf Hunderttausende Breitensportler. Großveranstaltungen würden die Leistungen für Tourismus und Wirtschaft unterstreichen. Große Namen seien mittlerweile Teil des Sportlandes Niederösterreich geworden und würden ganze Regionen beflügeln.

Der Sportbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes 1997.**

- **Änderung des NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes 1975.** Mit dieser Gesetzesänderung soll die Möglichkeit einer Abberufung des Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates und des Vizepräsidenten gesetzlich geregelt werden.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) sprach sich gegen die geplante Kürzung der Aufwandsentschädigung der neuen Vizepräsidentin des Landesschulrates aus. Das Argument, man wolle das Wiener Modell übernehmen, sei nicht nachvollziehbar und ergebe eine „schiefe“ Optik. Außerdem forderte er mehr Kompetenzen und Aufgaben für die neue Vizepräsidentin. Eine Frau in einer Spitzenposition müsse auch entsprechend bezahlt werden. Außerdem gebe es einen geringen Frauenanteil im Hohen Haus, insbesondere bei der VP-Fraktion. Der Abänderungsantrag der FP werde von den Grünen abgelehnt.

Abgeordneter Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sprach sich gegen eine Quotenregelung für Frauen aus, wie von seinem Vorredner gefordert. Er kritisierte die Diskussion über die Aufwandsentschädigung der Vizepräsidentin des NÖ Landesschulrates als schädlich für den gesamten Bildungsbereich. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Abänderungsantrag** mit seinen Fraktionskollegen betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes ein. Darin wird gefordert, dass die Bezüge des Amtsführenden Präsidenten des NÖ Landesschulrates und des Vizepräsidenten des NÖ Landesschulrates jeweils um die Hälfte gekürzt werden sollten.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) stimmte inhaltlich ihrem Vorredner zu. Bei der Funktion des Vizepräsidenten des NÖ Landesschulrates gehe es nicht um Postenschacher, sondern um einen Job, welcher der SP als zweitstärkste Fraktion auf Grund der Gesetzeslage zustehe. In diesem Zusammenhang brachte sie einen **Antrag** zusammen mit Abgeordnetem Dworak u. a. betreffend Änderung des Landes- und Gemeindebezügegesetzes ein. Darin wird eine Anpassung der Bezüge für den Präsidenten und



dem Vizepräsidenten des NÖ Landesschulrates auf einen bundesweiten Durchschnittswert gefordert.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sagte, der Landeshauptmann habe die Möglichkeit, den Amtsführenden Landesschulratspräsidenten zu ernennen, er müsse daher auch theoretisch die Möglichkeit haben, diesen des Amtes zu entheben. Weiters erfolge die Gehaltskorrektur bei der Vizepräsidentin des NÖ Landesschulrates auf Grund einer schon länger dauernden Evaluierung.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) meinte, es dürfe nicht zu einer Entmachtung der Kollegialorgane kommen, wie dies bei der Ernennung bzw. Abberufung des Amtführenden Präsidenten des NÖ Landesschulrates möglich sei.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sagte, die Motive der VP für eine Strukturreform im Bildungswesen seien zufriedene Bürger sowie eine positive Entwicklung Niederösterreichs. Eine Änderung der Apanage müsse immer „menschlich in Ordnung“ sein. Es sei daher unmöglich, mitten in einer Funktionsperiode eine Gehaltsänderung vorzunehmen. Für den NÖ Landesschulrat sei die in Wien übliche Regelung übernommen worden.

Der Abänderungsantrag der FP-Fraktion betreffend Änderung des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes wurde abgelehnt. Der Antrag der SP Abgeordneten betreffend Änderung des NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes wurde ebenfalls abgelehnt. Der Antrag betreffend des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes wurde einstimmig angenommen. Die Ziffern 1 und 2 wurden getrennt abgestimmt und mit Mehrheit angenommen. Der Antrag der SP-Abgeordneten betreffend des NÖ Landes- und Gemeindebezügegesetzes wurde abgelehnt. Der Antrag betreffend Änderung des NÖ Schulaufsichts-Ausführungsgesetzes 1975 wurde mit den Stimmen von VP und FP angenommen. Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Abgeordneter Franz G r a n d l , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.1 der XVII. Gesetzgebungsperiode.**
- **Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtgemeinde Mödling, die Stadtgemeinde Baden, den Gemeindeverband Schulgemeinde der Polytechnischen Schule Krems an der Donau und den Gemeindeverband Abwasserbeseitigung Raum Pöchlarn (Reihe Niederösterreich 2008/6).**
- **Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf das Land Niederösterreich, Tätigkeitsbericht im Jahr 2007.**

Abgeordneter Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) ging u. a. auf das Landeskrankenhaus Mostviertel Amstetten-Mauer, den NÖ Biomasse-Fernwärmefonds, das Sommerquartier der Spanischen Hofreitschule in Kleinwetzdorf und auch auf die Prüfung der Stadtgemeinden Baden und Mödling ein. Im Falle Badens hielt er fest, dass Investitionen vor allem durch Rücklagen finanziert wurden. Auch in Mödling habe man Überschüsse abgeschöpft. Dies sei etwa beim Wasser oder auch beim Kanal geschehen.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) beschäftigte sich ebenfalls mit dem Rechnungshofbericht zur Stadtgemeinde Baden. Er betonte, dass die Stadt für den gesamten Bezirk viel Verantwortung trage und hohe Finanzierungen vorzunehmen habe. Es gebe eine angespannte Finanzsituation, dennoch befinde sich Baden auf einem guten Weg. Für die Zukunft sollten ein Kontrollamt eingerichtet und die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt eingeschränkt werden.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) befasste sich mit dem Bericht zum Fernwärmefonds. Im Interesse des Klimaschutzes müsse in diesem Bereich weiter gearbeitet werden. Das Kinder- und Jugendzentrum Matzen sei wichtig, um jungen Menschen Hilfe anbieten zu können. Diese Einrichtungen hätten eine sehr hohe Auslastung, teilweise würden dort auch Kinder aus anderen Bundesländern betreut. Auch in Hollabrunn werde exzellente Arbeit geleistet, es gebe dort Berufsvorbereitungen und Lehrausbildun-

gen. Zu den Lipizzanern in Kleinwetzdorf meinte sie, dass diese der Region sehr viel brächten.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) meinte, dass die Finanzlage der beiden Städte Baden und Mödling zeige, dass es in Niederösterreich auch VP-geführte Städte gäbe, die Finanznöte haben. Auch am Fehlen eines Kontrollamtes übte er Kritik. Die Stadt brauche eine mittel- und längerfristige Budgetstrategie sowie eine Überprüfung der Effizienz der Verwaltungsabläufe. Im Falle Badens kritisierte Fasan ebenfalls das Fehlen eines Kontrollamtes sowie auch Kostenüberschreitungen. Die Probleme bei der Jugendwohlfahrt liegen laut Rechnungshof bei Planung und Forschung bzw. Ausstattung. Die NÖ Jugendwohlfahrt leide zudem unter Personalmangel.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) sprach zum Jugendheim Matzen, das einen Finanzierungsbedarf von 1,6 Millionen Euro habe. Das zeige, wie wichtig es sei, dass es funktionierende Familien im Land gebe. Die schwerstgeschädigten Jugendlichen aus desolaten Familienverhältnissen erhielten hier beste Betreuung.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) beschäftigte sich mit dem Rechnungshofbericht zu Mödling, welcher der VP die Illusion von Sozial- und Wirtschaftskompetenz nehme. Die BürgerInnen von Mödling würden mit versteckten Steuern belastet. Neben den Finanzen lägen auch Personalpolitik, Vergabewesen und Organisation im Argen. Die Mödlinger VP handle hier so, wie es die Landes- und Bundes-VP vormache.

Abgeordneter Mag. Johann H e u r a s (VP) begann mit der Polytechnischen Schule Krems: Das Gebäude sei sanierungsbedürftig, ein Neubau aber bereits auf Schiene. Die Arzneimittelversorgung im Waldviertelklinikum entspreche den Synergieeffekten der Holding. Beim Klinikum Mauer/Amstetten sei Vieles bereinigt, ein Masterplan für Um- und Ausbau liege bereits am Tisch. In Baden werde die positive Finanzgebarung gelobt. Die NÖ Gemeinden würden seriös, steuerschonend und zum Wohl der Bürger arbeiten. In

Mödling seien Investitionsrücklagen getätigt worden, das sei grundvernünftig. Finanztechnisch habe Mödling einen erfolgreichen Wendekurs eingeleitet.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) verneinte in einer tatsächlichen Berichtigung, alle NÖ Gemeinden verunglimpft zu haben. Er habe ausschließlich von Baden und Mödling gesprochen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) zitierte in einer tatsächlichen Berichtigung die entsprechende Passage aus dem Rechnungshofbericht, dass es sich in Mödling nicht um Rücklagen handle.

Alle Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Vor Beginn des nächsten Tagesordnungspunktes wurde über das Abgehen von der erforderlichen 24-Stunden-Frist abgestimmt und wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend die **Forderungen des Jugendkongresses vom 28. November 2007 an den Landtag von Niederösterreich.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, die Grünen würden sich zur Idee des Jugendkongresses bekennen, besonders zur Partizipation der Schülerinnen und Schüler. Trotzdem müsse das Format des Jugendkongresses den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die teilnehmende Jugend müsse in Zukunft noch mehr Möglichkeiten haben, ihre Anliegen und Wünsche in den Arbeitskreisen zu diskutieren und auch Resolutionen zu beschließen. Weiters forderte er umfassende Änderungen bei den Einladungsmodalitäten für den Jugendkongress. Auch Mädchen und Burschen aus den Berufsschulen müssten mehr besser berücksichtigt werden. Zudem sollten die Generalthemen nicht immer vorgegeben, sondern den Interessen der teilnehmenden Schüler entsprechen. Zusätzlich müsse für die Jugend mehr Zeit zur Verfügung stehen, mit den Mandataren der im Landtag vertretenen politischen Parteien zu sprechen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) schloss sich seinem Vorredner voll inhaltlich an. Außerdem forderte er, dass der Jugendkongress und die anwesenden Jugendlichen nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) dankte dem ehemaligen Landtagspräsidenten Edmund Freibauer für die Initiative, den NÖ Jugendkongress zu initiieren. Es sei aber selbstverständlich, dass ein Jugendkongress von der Parteipolitik geprägt sei. Viele Ideen des Jugendkongresses könnten in Zukunft nicht nur vom Landtag bzw. der Landesregierung, sondern auch in den Gemeinden und Städten umgesetzt werden. Weiters forderte sie eine schnellere Behandlung der Ergebnisse des Jugendkongresses im NÖ Landtag.

Abgeordneter Mag. Martin F a s a n (G) kritisierte, dass beim letzten NÖ Jugendkongress die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler von den Jugendorganisationen der beiden großen Parteien VP und SP vereinnahmt worden seien. Beim Jugendkongress in den Sälen des NÖ Landtages am 28. November 2007 hätten über 300 Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren teilgenommen. Als Generalthema habe man Klimawandel und Klimaschutz ausgewählt. Zu diesem speziellen Themenbereich bedürfe es aber laut Fasana mehr Durchsetzungskraft gegenüber dem Bund. Weiters kritisierte er das geplante Einkaufszentrum in Gerasdorf, das so wie die Shopping-City in Vösendorf keine öffentliche Verkehrsanbindung habe.

Abgeordneter Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dass die Jugend auch Gedanken und Ideen habe, die ins Denkmuster des Landtages passen. Vieles sei vorgebracht worden, was im Landtag bereits einstimmig beschlossen wurde. Er äußert allerdings den Wunsch nach weniger Parteidanken beim Jugendkongress.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) erklärte die Gründe für die späte Zustellung der entsprechenden Unterlagen und sagte, dass man punkto Klimaschutz auch parteiübergreifend einen Konsens finden sollte. Gemeinsam mit dem zuständigen

Landesrat wolle man Projekte umsetzen. Er dankte auch den zahlreichen Jugendlichen, die am jüngsten Kongress teilgenommen hatten. Der Kongress habe gezeigt, dass Klimaschutz von der Jugend als globales Problem erkannt wird, dass aber auch auf regionaler und lokaler Ebene behandelt werden muss. Als wichtigste Maßnahmen formulierte er die Schaffung eines Ökostromgesetzes, das Schwerpunkt auf erneuerbare Energie legt und auch sozial verträglich ist.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) legte seinerseits die Gründe für die spät erfolgte Zustellung der Unterlagen dar.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) dankte Landtagspräsident a. D. Freibauer für seine seinerzeitige Initiative zum Jugendkongress. Nach Maiers Auffassung soll der Kongress auch künftig sehr wohl mit politischen Jugendorganisationen abgehalten werden, allerdings nicht nur mit solchen. Beim jüngsten Kongress hätten sich die teilnehmenden Jugendlichen sehr engagiert gezeigt. Er regte an, künftig je nach Thema auch ExpertInnen des Landes zum Kongress einzuladen und diese vor der Diskussion zu Wort kommen zu lassen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!